

## Negative Beurteilung der Bildungspolitik von CDU und FDP

# Regierung Wulff nach Wiederwahl unter Druck

Die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen haben die politische Konstellation in beiden Bundesländern und in der gesamten Bundesrepublik verändert. Es gibt bundesweit keine gesellschaftliche Mehrheit mehr für eine offen neoliberale Politik, die das Ziel verfolgt, Löhne und Sozialleistungen zu senken und den Öffentlichen Dienst als Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge abzubauen und privatwirtschaftlicher Logik zu unterstellen. Das ist nach dem Einzug der Linken in die Landtage in Niedersachsen und Hessen deutlich. Die SPD konnte in Hessen mit der linken Politik ihrer Spitzenkandidatin Ypsilanti gegen den Exponenten des konservativ gewerkschaftsfeindlichen Flügels der CDU punkten. In Niedersachsen hat sich Wulff behaupten können, weil er sein altes neoliberal-konservatives Profil gegen ein landesväterliches tauschte. Seine Koalition konnte den Verlust von mehr als 500.000 Stimmen verkraften, weil SPD und Grüne ihre Wählerklientel noch schlechter mobilisieren konnten als CDU und FDP. Ein strahlender Sieg sieht anders aus.

### Erfolg und Chance der Gewerkschaften

Wie die neuesten Umfragen von Anfang Februar zeigen, geht die Abkehr von den Parteien der Großen Koalition weiter: die CDU erreicht mit 35 Prozent einen Tiefststand, die SPD sackt auf 25 Prozent, die Linken steigen auf 14, Grüne und FDP kommen auf 10 bzw. 11 Prozent. Ist das nun ein „Linksruck“, wie die Zeit und andere Medien postulieren, einige „Linke“ hoffen und antikommunistische Scharfmacher glauben machen wollen? Eher ist es die Rückkehr zu den politischen Koordinaten vor Schröders Kanzlerschaft – in einem Fünfparteiensystem allerdings. Schröder verschob mit seiner „Reformagenda“ das politische Koordinatensystem nach rechts und schnitt dadurch der Sozialdemokratie eine neue Partei aus der Rippe, die sich nunmehr unter Lafontaine und Gysi erfolgreich bundesweit als „Linke“ etabliert und mit ihrer Oppositionstätigkeit und ihren Wahlerfolgen einen Beitrag dazu leistet, das Gesamtsystem zu rejustieren. Ein neoliberaler Umbau von Staat und Gesellschaft wird für Regierungs-

parteien schwieriger. Wer bekennt sich außer Westerwelles FDP eigentlich noch offen zu diesem Ziel?

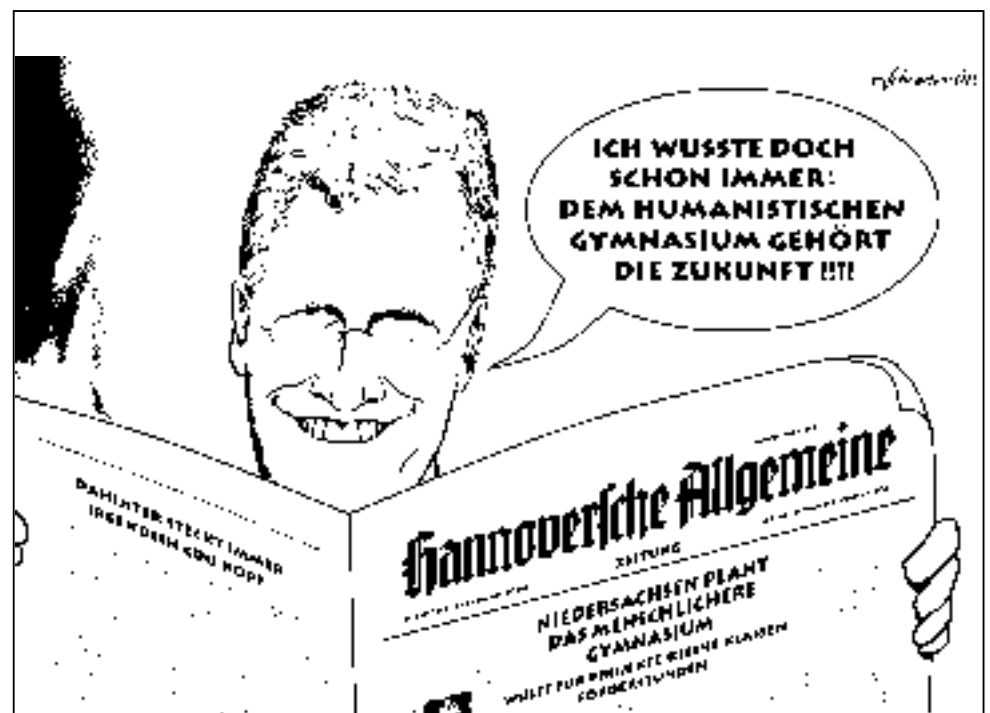
Die Gewerkschaften haben mit ihrer Kritik an der unsozialen neoliberalen Politik in Berlin und Hannover einen erheblichen Anteil am Umschwung in der öffentlichen Meinung. Jetzt ist es für die Medien nicht mehr angesagt, jede Forderung nach Lohnerhöhungen und dem Erhalt der Leistungen der sozialen Sicherungssysteme als unvernünftig und schädlich zu etikettieren. Selbst die Forderung der Lokführergewerkschaft nach einer 30-prozentigen Lohnerhöhung findet bei Meinungsumfragen die Sympathie einer großen Mehrheit.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft haben wieder bessere Bedingungen, mit ihren Gewerkschaften für ihre Interessen und Rechte einzutreten und Arbeitgeber und Regierungen wirksam unter Druck zu setzen. Das zeigt das Beispiel der Mindestlöhne. Lange standen die Gewerkschaften mit ihrer Forderung allein, bis der SPD-Vorsitzende Beck sich

und die SPD über Initiativen zum Mindestlohn in die politische Offensive gegenüber der CDU brachte. Auch Ministerpräsident Wulff hielt seine Ablehnung der Mindestlöhne im Wahlkampf nicht durch. Nun geht der Streit in der Großen Koalition und in der Öffentlichkeit um die Ausweitung des Mindestlohns über auf weitere Branchen. Die CDU ist in dem Dilemma, entweder als unsoziale Partei dazustehen oder ihren marktliberalen Prämissen untreu zu werden. Auch die SPD steckt im Dilemma: Wie wird sie sich künftig verhalten, wenn die „Linke“ Programmaussagen und Gesetzesvorschläge der SPD in den Bundestag einbringt – wie vor Jahr und Tag das Mindestlohngesetz. Wie lange kann sie sich leisten, ihre eigenen Texte abzulehnen, nur weil sie auf keinen Fall mit den Linken stimmen will?

### Flexibilität in der Bildungspolitik?

In der CDU gibt es hektische Aktionen, die dafür sorgen sollen, dass die Partei wieder Einfluss gewinnt: Mit einer Erklärung zur Integrationspolitik distanzieren sich 17 prominente Politiker aus verschiedenen Bundesländern von Kochs Wahlkampfhetze gegen ausländische Jugendliche und sprechen sich gegen einen traditionell konservativen Kurs aus. Die CDU versucht ein soziales Gesicht zu zeigen: Die „Welt“ berichtet am 1. Februar „aus dem Umfeld der Kanzlerin“: „Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Aufschwung, die Angst der Mittelschicht vor der Globalisierung und dem sozialen Ab-



sturz – all das will die CDU zum Thema machen“.

Bereits im Wahlkampf bemühte sich der Wulff darum, Ansatzpunkte für politische Konflikte zu glätten und sich vorsichtig von bislang gültigen programmatischen Festlegungen zu verabschieden. Er spürte offenbar, dass seine Partei insbesondere im Gebiet der Bildungspolitik an Zustimmung in der Bevölkerung verlor. Nur noch 35 Prozent der Wähler sprechen der CDU Kompetenz zu, bildungspolitische Fragen zu lösen. Er nahm diese Stimmung auf, indem er im Herbst 2007 ankündigte, die Personalausstattung der Schulen zu verbessern und das Verbot neuer Gesamtschulen aufzuheben.

Die Lehrerversorgung soll – so Wulff – verbessert werden, um die Klassen zu verkleinern und die Lernbedingungen zu verbessern. Für die Jahre 2007 und 2008 beschloss die Landesregierung, jeweils 400 Stellen wieder zu besetzen, die nach der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen werden sollten. Zugleich erweckte Wulff den Eindruck, er wolle in der gesamten Legislaturperiode bis zum Jahr 2013 alle Stellen wieder besetzen. Allerdings vermied er jede Festlegung: Die Anfrage des GEW-Landesvorsitzenden Eberhard Brandt, für welche Jahre die Wiederbesetzung der Stellen vorgesehen sei, blieb ohne Antwort. Im Koalitionsvertrag wird die Öffentlichkeit erfahren, ob Wulff lediglich im Wahlkampf geblufft hat.

Michael Ahlers von der Braunschweiger Zeitung rät Wulff, die bildungspolitischen Defizite ernst zu nehmen: „Es ist ja nicht so, dass alles Gold wäre in Niedersachsen, das nun hoffentlich nicht mehr den infantilen Beinamen „Land des Lächelns“ mit sich herumschleppen muss. Bei den Betreuungsplätzen liegt das Land im Bundesvergleich weit hinten. Schulkinder werden wegen des verkürzten Abiturs gnadenlos mit Stunden zugekübelt, es fehlen Lehrer, die Universitäten

sind Mittelmaß. Die angeblich historische Verwaltungsreform fördert Zentralisierung und das Aufsplittern in Sonderbehörden.“

Die GEW wird nicht lockerlassen, in der kommenden Legislaturperiode die notwendige Verbesserung der Personalausstattung, die Verkleinerung der Lerngruppen und die Reduzierung der Unterrichtsbelastung der Lehrkräfte einzufordern. Die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten der Lehrerausbildung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der jungen Lehrkräfte gehören zu den Top-Themen, denen sich die Regierung stellen muss. Wenn Wulff klug ist, erkundigt er sich bei seinem hessischen (Ex-)Kollegen Koch, wie die Elternschaft und die Öffentlichkeit den Einsatz von billigen und nicht qualifizierten Aushilfskräften abgelehnt haben, die in Hessen anstelle vollwertiger Lehrkräfte eingesetzt werden sollten, weil echte Lehrkräfte fehlten. In diesem Punkt waren sich konservative Elternvertreter und GEW völlig einig: Nur qualifiziertes Personal darf unterrichten. Kultusminister Busemann ist gerade dabei, den hessischen Holzweg zu beschreiten. Er weist den Schulen Budgets zur Einstellung von Hilfskräften zu. Hier ist eine Kurskorrektur dringend erforderlich. Andernfalls ist der hessische Ärger vorprogrammiert.

Es wird sich in den nächsten Wochen zeigen, ob es Wulff ernst gemeint hat mit der Ankündigung, das Errichtungsverbot für Gesamtschulen aufzuheben. Schulträger müssen integrierte Gesamtschulen einrichten dürfen, um ihr Schulangebot zu optimieren. Den Schulträgern nützen keine ideologischen Sprüche von der weiteren Stärkung des gegliederten Schulsystems, wenn sie ihre Schulstandorte aus ganz pragmatischen Gründen sichern wollen. Jedes Kind in Niedersachsen muss das Recht realisieren können, eine IGS zu besuchen. Die GEW erwartet mit den Eltern der Gesamtschulinitiativ-

ven, dass die ersten neuen Gesamtschulen zum 1. August 2008 ihre Arbeit aufnehmen können. Eine Mogelpackung, restriktive Genehmigungsverfahren, Gesamtschulen in rechtlichem Ausnahmestatus als Ergänzungsschule werden Eltern und GEW nicht akzeptieren. Wenn sich Wulff keinen genügend großen Wurf zutraut, wird er für die nächsten fünf Jahre einen politischen Dauerbrenner anfachen. Das muss ihm klar sein.

## Ohrfeige für Busemann

In den 9. Jahrgängen der Gymnasien, den Pilotjahrgängen des G 8-Turbogymnasiums, staute sich im Laufe dieses Schuljahres der Ärger von Schülerinnen und Eltern über die viel zu hohe Belastung und die Angst vor einer verschlechterten Ausgangslage beim Zentralabitur auf. Diese Probleme waren absehbar. Die GEW hat darauf hingewiesen, als die Regierung das Turbogymnasium plante. Busemann bot den Eltern zur Befriedung über die 34 Wochenstunden hinaus noch weitere Förderstunden an, die durch Hilfskräfte oder Überstunden erbracht werden sollen. Dann nahm sich plötzlich der Ministerpräsident dieses Themas an und forderte eine „Entrümpelung“ der curricularen Vorgaben – als wenn die vom Ministerium eingerichteten Arbeitsgruppen eine „Rumpelkammer“ produziert hätten. Niedersachsen will in der KMK die Kürzung der Unterrichtsverpflichtungen durchsetzen. Der CDU-Ministerpräsident und der im Wahlkampf stehende Hamburger Bürgermeister initiierten eine Pressekampagne zum Thema Überlastung der Gymnasialschüler. Auch BILD machte sich Sorgen. So will sich Wulff als handlungsfähig erweisen und versucht, für seine Regierung wieder bildungspolitische Kompetenz zu erwerben. Ein durchsichtiges Manöver, um die Fehler der Schulzeitverkürzung zu kaschieren, aber keine Lösung des Problems.



EIN KOMMENTAR VON  
HENNER SAUERLAND

Das Abitur nach zwölf Jahren ist den niedersächsischen Schulen vor vier Jahren von den Bildungsbürokraten

respektlos vor die Füße gekippt worden. Kritische Einwände engagierter Eltern, Bedenken von Wissenschaftlern und Praxiserfahrungen der Lehrer/innen haben Vertreter von CDU und FDP mit dem Schlagwort „Kuschelpädagogik“ arrogant zurückgewiesen. Jetzt bringt das Turbo-Abitur Schüler/innen in Dauerstress und Eltern auf die Barrikaden. Keine Zeitung, kein Rundfunk- und Fernsehsender, der sich nicht mit dem Thema auseinandersetzt.

# Sparprogramme helfen nicht gegen Abi-Stress

Der Ministerpräsident höchstselbst muss eingreifen: Die Lehrpläne seien zu „entrümpeln“! Wenn Herr Wulff offensichtlich weiß, dass an den Schulen „Gerümpel“ gelehrt wird, warum hat er nicht längst gehandelt? Kultusminister Busemann sekundiert: Die KMK müsse endlich die bis zum Abitur vorgeschriebenen 265 Pflichtstunden herunterfahren! Warum hat der verantwortliche Minister nicht bereits vor Jahren eine Reduktion beantragt?

Die GEW lehnt Turbowochen mit 34 Stunden Pauk-Unterricht ab. Die machen Kinder krank, fördern Stress in der Schule und zu Hause und überlasten die Lehrkräfte.

Die GEW will auf keinen Fall eine Kürzung der Ressourcen, die die Politiker jetzt ins Spiel bringen. Das Ministerium soll für jede/n Schüler/in bis zum Abitur (mindestens) 265

Unterrichtsstunden zur Verfügung stellen. Die Schulen müssen das Recht und die Möglichkeit haben, kleinere Klassen und Kurse zu bilden. Doppelbesetzungen, Verfügungs- und Förderstunden sind notwendig, weil sie den Schüler/innen helfen und die Lehrkräfte entlasten. Die Ganztagschulen sind zügig so auszustatten, dass Kinder und Jugendliche sinnvolles Lernen mit Sport, Musik und Entspannung verbinden können.

Mit seinem Vorschlag, den Unterricht auf den Sonnabend auszudehnen, schüttet Wulff das Kind mit dem Bade aus. Unterricht am Wochenende ist kinder- und familienfeindlich. Er verkürzt Erholungszeit.

Als Sofortmaßnahme fordert die GEW, für die Qualifikationsphase so viele Lehrstunden zur Verfügung zu stellen, dass kein Kurs mit mehr als 18 Schülern/innen gebildet werden muss.